

## **PRESSEMITTEILUNG**

**ULI SCKERL MdL**

**16.03.2017**

### **Die Prävention stärken und für Flüchtlinge Perspektiven schaffen**

**Der innenpolitische Sprecher der Landtagsgrünen Uli Sckerl zur Kriminalitätsstatistik 2016**

Am 16. März hat Innenminister Strobl die jährliche Kriminalitätsstatistik vorgelegt. Diese zeigt: Baden-Württemberg ist ein sehr sicheres Land. Es konnten insbesondere deutliche Erfolge im Kampf gegen Wohnungseinbrüche erzielt werden: Rückläufige Zahl der Delikte, Steigerung der Aufklärungsquote. Das gilt auch für das Polizeipräsidium Mannheim und damit für unsere Region. Die Bildung einer Schwerpunkt-Ermittlungsgruppe hat sich hier sehr bewährt. Aus dieser Ausgangsposition heraus werden wir die Polizei in den kommenden Jahren weiter personell verstärken und technisch besser ausrüsten. Auf neue Betrugsmanöver, etwa im Bereich Internetkriminalität, soll sie sich bei Prävention und Aufklärung rasch einstellen können. Deshalb wird die grün-schwarze Landesregierung in der Legislaturperiode 1.500 zusätzliche Stellen für die Polizei schaffen, 381 Stellen sind bereits für 2017 eingeplant.

Wir wollen insbesondere die Prävention stärken und uns dazu mit Vertretern der Kommunen an einen Tisch setzen. Gemeinsam mit diesen Akteuren wollen wir wirksame Konzepte entwickeln, um Delikte im öffentlichen Raum, wie Diebstahl, Belästigungen oder Gewalt unter Alkoholeinfluss, zu verhindern. Dieser Prozess soll auch wissenschaftlich begleitet werden.

Baden-Württemberg hat seit der Kriminalstatistik 2015 eine stark angestiegene Zahl von Flüchtlingen beherbergt. Das schlägt sich wie bei jeder aufwachsenden Bevölkerungsgruppe auch in der Kriminalitätsstatistik nieder. Es gibt mehr Delikte, die von Flüchtlingen begangen worden sind. Allerdings gilt hier: Der Zuwachs muss genau analysiert werden. Schwere Straftaten in Flüchtlingsunterkünften oder in den Gemeinden müssen hart geahndet werden. Die immer wieder in Unterkünften auftauchende Banden- und Drogenkriminalität muss unterbunden werden. Viele Straftaten und Vergehen könnten aber mit Prävention und Integration verhindert werden. Etwa durch einen erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt für Geduldete, eine schnellere Verteilung derjenigen mit guter Bleibeperspektive in die Kommunen und schnelleren Verfahren. Die Geflüchteten brauchen Perspektiven: Hier setzen wir mit dem Pakt für Integration an. Wir wollen gleichzeitig nicht vergessen, dass Flüchtlinge im Durchschnitt auch sehr viel häufiger Opfer von Straftaten sind. Hier werden wir den Schutz in den Unterkünften der Landeserstaufnahmen verbessern.